



sauerlachaktuell

Ausgabe zur Bundestagswahl



Zeitung des SPD Ortsvereins Sauerlach

September 2017

*Liebe Mitbürgerinnen,
liebe Mitbürger,*

Demokratie und Rechtsstaat sind zerbrechliche Güter, wie die aktuelle Entwicklung in vielen Ländern der Erde zeigt. Demokratie bedeutet keine „Diktatur der Mehrheit“, sondern insbesondere auch Minderheitenrechte und Gewaltenteilung.

Dafür sind eine freie Presse und in-



*Dr. Alexander Rickert,
Vorsitzender des SPD
Ortsvereins Sauerlach*

formierte, engagierte Bürgerinnen und Bürger unabhängig.

Machen Sie sich Ihr eigenes Bild

und nutzen Sie unterschiedliche Informationsquellen. Sie sind in unserem Land reichlich vorhanden und tragen dazu bei, dass Sie sich ein fundiertes Urteil bilden können.

Gehen Sie wählen oder beteiligen Sie sich durch Briefwahl! Nicht zu wählen, stärkt immer die Partei, die Sie eigentlich nicht wollen. Auch für das allgemeine Wahlrecht hat die SPD gekämpft. Es ist ein wichtiges Gut unserer Demokratie.

Mit dieser Ausgabe von *Sauerlach-Aktuell* stellen wir Ihnen unsere Kandidatin vor und informieren Sie über Werte, die uns wichtig sind.

Herzlichst, Ihr
Alexander Rickert

Bela Bach in den Bundestag!



Bela Bach

26 Jahre, Planegg

Das ist unsere Bundestagskandidatin für den Landkreis München: Bela studiert Jura an der LMU München. Sie trat 2007 in die SPD ein und ist seit 2014 Mitglied des Gemeinderats von Planegg und Mitglied des Kreistags München. Ihre politischen Schwerpunkte sind:

- Unsere Zukunft sicher gestalten
- Ein gutes Leben im Landkreis München langfristig ermöglichen

Interview mit Bela Bach

Liebe Bela, deine Heimat ist Planegg im Landkreis München. Was gefällt dir hier besonders gut?

Bela: Mir gefällt die Nähe zur Natur. Innerhalb kürzester Zeit bin ich im Wald, wo ich gerne laufen gehe. Auch die Würm liegt mir sehr am Herzen, denn sie durchzieht Planegg und das Würmtal wie eine grüne Ader. Auf der anderen Seite ist man auch schnell in der Innenstadt mit all ihren Vorzügen. Man kann also Urbanität genießen, ohne das Grüne aufgeben zu müssen.

Was bewegt eine junge Frau wie dich dazu, Politik zu machen und für den Bundestag zu kandidieren?

Bela: Das frage ich mich manchmal auch... nein, im Ernst: Gerade als junger Mensch erlebt man, dass nicht nur der Leistungsdruck zunimmt, sondern auch die Zukunft immer unsicherer erscheint. Wir haben Europa, Frieden und auch materielle Sicherheit lange Zeit als gegeben hingenommen. Das ist es aber nicht. Mit dem Erstarken der Rechtspopulisten in ganz Europa, mit Donald Trump in den USA, aber auch mit vielen ungelösten Fragen wie etwa der Rente, dem schwindenden gesellschaftlichen Zusammenhalt und dem Klimawandel, der hauptsächlich meine Generation und die Generationen nach mir betreffen wird, steht vieles plötzlich doch auf der Kippe. Es ist paradox, wenn im Deutschen Bundestag hauptsächlich Politiker darüber entscheiden, die mit den Folgen ihrer Entscheidungen selbst gar nicht mehr werden leben müssen. Mir geht es darum, anzupacken und über die Zukunft meiner Generation mitzuentcheiden. Ich möchte Politik dadurch besser machen, denn Vielfalt tut unserem Parlament auf jeden Fall gut.

Was macht die SPD zu deiner politischen Heimat?

Bela: Die SPD stand seit ihrer Gründung als unterdrückte und auch ver-

folgte Partei der Arbeiterinnen und Arbeiter für die drei Grundwerte *Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität*. Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität steht die SPD heute im 21. Jahrhundert in einer veränderten Welt immer noch. Unsere Idee einer freien und gleichen Gesellschaft ist stets aktuell geblieben. Wir setzen uns politisch dafür ein, ohne dass man uns (vor allem in Bayern) Opportunismus oder Karrierismus vorwerfen könnte. Die meisten SPD-Mitglieder engagieren sich aus Überzeugung. Wir leben Solidarität auch innerhalb der Partei, das macht uns aus und hat mich von Anfang an beeindruckt, als ich Mitglied geworden bin.

Reisen wir mal ein Jahr in die Zukunft: Du bist frisch im Bundestag. Was sind deine wichtigsten Anliegen? Was möchtest Du insbesondere für unseren Wahlkreis erreichen?

Bela: Die wichtigste soziale Frage für uns im Landkreis ist bezahlbares Wohnen. Wenn wir nicht ausreichend bezahlbaren Wohnraum schaffen, dann werden wir soziale Trennung erleben. Paradoxerweise sind es vor allem die Einheimischen, die die hohen Wohnraumpreise am stärksten treffen. Deswegen will ich, dass bei der Mietpreisbremse nachjustiert wird, sodass sie nicht mehr umgangen werden kann. Ich unterstütze auch Heiko Maas' Mietrechtsreform, die vor allem Mieterinnen und Mieter entlasten wird. Ebenso müssen wir aber beim wichtigsten Faktor ansetzen: dem Grund. Bodenpreisspekulationen müssen eingedämmt werden, etwa durch Wiedereinführung der Grundsteuer C. Damit wird Bauland, das aus Spekulationsgründen nicht bebaut wird, stärker besteuert. Gleichzeitig muss Bauen aber wieder attraktiver werden; etwa durch steuerliche Begünstigungen. Im Mietwohnungsbau könnte die Möglichkeit für degressive AfA dazu beitragen.

Für junge Menschen möchte ich aber vor allem das elternunabhängige BAföG eingeführt sehen. Es ist ungerecht, wenn jemand, der studieren möchte, einen Kredit aufnehmen muss, nur weil die Eltern eine Immobilie besitzen. Es ist ein gesetzgeberischer Trugschluss, davon auszugehen, dass Eltern mit Immobilie ihrem Kind deswegen gleich ein Studium finanzieren können bzw. dies auch tatsächlich tun.

Eines deiner Hauptanliegen ist es, den Menschen wieder ein Gefühl von Sicherheit zu vermitteln. Wie ist das möglich in Zeiten von Trump, Brexit und einer Weltordnung, die vor dem Zerfall zu stehen scheint?

Bela: Nun, die Weltordnung steht nicht vor dem Zerfall. Zutreffender scheint mir die Feststellung, dass die jüngsten Entwicklungen gezeigt haben, wie fragil unsere Ordnung ist. Das Bewusstsein für die Zerbrechlichkeit Europas und des guten Lebens,

Impressum



sauerlachaktuell

Kostenlose Zeitung des
SPD Ortsvereins Sauerlach

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Dr. Alexander Rickert,
Vorsitzender des
SPD Ortsvereins Sauerlach

Redaktionsteam:

Hans Grund, Matthias Elbert,
Alexander Rickert, Brigitte Uhl,
Rainer Vorweg, Heini Wiesner

Bilder:

Bela Bach, Hans Grund

Layout und Produktion:

Hans Grund, Robert Hermann

Kontakt:

SPD Ortsverein Sauerlach
Dr. Alexander Rickert
Mozartstraße 2a
82054 Sauerlach
alexander-rickert@spd-sauerlach.de
www.spd-sauerlach.de

das wir alle größtenteils führen, ist aber ein erster Schritt. Denn er fördert die Bereitschaft zum Kompromiss. Das gilt sowohl für die soziale Ordnung als auch für die Innenpolitik. Wir müssen einige Folgen der Agenda 2010 korrigieren, die zu sozialer Ungerechtigkeit geführt haben. Wir müssen die Voraussetzungen für einen funktionierenden Staat schaffen, der seine Aufgaben der öffentlichen Daseinsfürsorge erfüllen kann und Investitionen in die Zukunft tätigt. Wir müssen angesichts der globalen Migrationsbewegungen auf der einen Seite die Fluchtursachen bekämpfen und auf der anderen Seite die Migrationspolitik auf neue Beine stellen, indem wir den Missbrauch des Asylrechts durch Einführung eines Einwanderungsgesetzes eindämmen.

Vielen Menschen, auch in unserem Landkreis, bereiten die weltweiten Krisenherde und die daraus entstehende Fluchtproblematik große Sorgen. Was sind hier deiner Meinung nach die richtigen Maßnahmen?

Bela: Erst einmal halte ich es für einen großen Fortschritt, dass weltweite Krisenherde den Menschen nun auch bei uns Sorgen bereiten. Wir haben lange genug vor der humanitären Katastrophe in Syrien, der schlechten wirtschaftlichen Lage in

Nordafrika und anderen Staaten des afrikanischen Kontinents die Augen verschlossen. Weggesehen haben wir auch vor den Problemen Italiens und Griechenlands, die dank der Dublin-Abkommen die europäische Migrationskrise zunächst alleine zu bewältigen hatten. Meines Erachtens brauchen wir endlich einen funktionierenden gemeinsamen Schutz der EU-Außengrenzen. Dieser soll Schleusern aber nicht nur durch Abschottung das Handwerk legen, sondern auch legale Einreisemöglichkeiten beinhalten. Es ist unvorstellbar, dass Menschen heutzutage in Schlauchbooten bei der Überfahrt über das Mittelmeer ertrinken müssen, wenn es technisch und organisatorisch gleichzeitig ein Leichtes wäre, die Überfahrten human abzuwickeln. Klar ist aber auch, dass nicht jeder, der zu uns kommen möchte, einen Anspruch auf positive Verabschiedung seines Asylantrags hat. Die CSU/CDU blockiert seit Jahren die Einführung eines Einwanderungsgesetzes und beklagt gleichzeitig den Missbrauch des Asylrechts. Wer aber aus wirtschaftlichen Gründen seine Heimat verlassen möchte und gleichzeitig willens ist sich zu integrieren, Deutsch zu lernen und eine Arbeit hat, der sollte über das Einwanderungsgesetz kommen können. Das würde einem modernen Staat ent-

sprechen.

Dein Slogan lautet: „Neue Wege, klare Kante.“ Wie positionierst Du dich damit gegenüber deinen Konkurrenten im Wahlkampf?

Bela: Meine Konkurrenten sind durchweg routinierte Politprofis. Ich bin aber der Ansicht, dass mit der politischen Routine Eigenschaften verloren gehen, die auf der einen Seite neue Perspektiven auf Probleme eröffnen und auf der anderen Seite die Option bieten, in Berlin auch mal Nein sagen zu können. Deswegen möchte ich neue Wege in der Politik eröffnen und dort, wo es sein muss, klare Kante zeigen. Wer mich kennt, weiß, dass ich da durchaus konsequent sein kann, wenn mir eine Sache am Herzen liegt. Ich möchte einen ehrlichen und verlässlichen Politikstil vertreten, der auch denen Vertrauen in die Politik zurückgibt, die sich bereits abgewendet haben.

Liebe Bela, wir danken dir für dieses Gespräch. Zum Schluss noch die Frage: Was machst du am liebsten, wenn du im ganzen Wahlkampf-Trubel mal abschalten und dich erholen willst?

Bela: Dann steige ich am liebsten auf einen Berg. Habe ich Pech mit dem Wetter oder wenig Zeit, muss ich eben in die Kletterhalle.

Werte-Check

Was uns besonders wichtig ist	SPD	LINKE	GRÜNE	FDP	CDU/CSU	AFD
Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Starke Schultern können mehr tragen.						
Politik für die Vielen, nicht für die Wenigen. Mehr Bürgerbeteiligung statt „marktkonformer Demokratie“.						
Die Macht des globalisierten Finanzkapitals begrenzen. Steuerflüchtlinge verfolgen, Steueroasen austrocknen.						
Regulierung, wo freiwillige Selbstverpflichtungen nicht reichen. Kein Sonderrecht für internationale Konzerne.						
Friedenspolitik in der Tradition Willy Brandts. Keine Ausweitung des Rüstungsetats.						
Für internationale Solidarität <u>und</u> faire Lastenteilung. Für Sicherheit <u>und</u> Offenheit .						

Der wachsenden Ungleichheit entgegen steuern!

Von Matthias Elbert.

Die Verfassungsväter haben die Richtung vorgegeben: In **Artikel 123 (3) der Verfassung des Freistaats Bayern** heißt es: **Die Erbschaftsteuer dient auch dem Zwecke, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen einzelner zu verhindern.** Überzeugende Argumente für eine Erbschaftssteuer liefert sogar einer der bedeutendsten Denker des Liberalismus, John Stuart Mills: „Gerade die Anerkennung des Leistungsprinzips muss zu einer Beschränkung des Vermögens beitragen. Und nicht zuletzt gefährdet die Reichtumskonzentration die Freiheit einer Gesellschaft, wenn immer weniger ihrer Mitglieder infolge von Erbschaften über immer größere Vermögen verfügen.“

Dennoch wurde die Besteuerung größerer Vermögen immer weiter zurückgefahren: Eine Vermögenssteuer wird seit 1995 gar nicht mehr erhoben, die Tarife der Einkommenssteuer wurden seit 2000 durchgängig gesenkt, Kapitaleinkünfte pauschal mit 25 Prozent versteuert. Dagegen beträgt der Spitzensteuersatz für Arbeitseinkommen 45 Prozent.

Das Bundesverfassungsgericht befand Ende 2014 die Privilegierung von vererbtem und geschenktem Vermögen gegenüber erarbeitetem Einkommen für verfassungswidrig. Die gesetzte Frist für die Neuregelung ist im Juli 2016 abgelaufen, nachdem der Gesetzentwurf am 8.7.2016 als zu ungerecht vom Bundesrat abgelehnt wurde. Der nun vereinbarte Kompromissvorschlag versucht eine bessere Balance zwischen der Freiheit und der Gemeinwohlorientierung des Eigentums zu wahren und bedeutet ein kleines Schritchen zu mehr Steuererechtigkeit.

Aber auch künftig bleibt eine Firmen-Erbschaft im Wert von bis zu 26 Millionen Euro steuerfrei, wenn der Betrieb sieben Jahre lang fortgeführt und die Arbeitsplätze erhalten werden. Oberhalb dieser Summe

muss der Erbe nachweisen, dass ihn die Zahlung der Steuer überfordern würde.

Außerdem bleibt es besonders effektiv, sein Unternehmen schon vor dem Erbfall an die minderjährigen Kinder zu verschenken. Zwar wird nach den Reformplänen grundsätzlich geprüft, ob auch das Privatvermögen der Kinder für mögliche Erbschaftssteuerzahlungen berücksichtigt werden muss. Verfügen die Kinder jedoch über kein eigenes Vermögen, läuft diese Regelung ins Leere und die Steuerquote liegt bei null Prozent. Dieses Schlupfloch wird aktuell schon eifrig genutzt, wie eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt. Demnach gingen in den Jahren zwischen 2011 und 2014 Erbschaften in Höhe von insgesamt 37,3 Milliarden Euro steuerfrei an Minderjährige.

Der im letzten Jahr erschienene OECD-Sozialbericht zeigt, dass große Vermögen in der Bundesrepublik Deutschland deutlich stärker konzentriert sind als in den meisten an-

deren industrialisierten Ländern. Demnach besitzen zehn Prozent der Deutschen fast Zwei-Drittel des gesamten Privatvermögens. Die unteren 40 Prozent der Bevölkerung verfügen praktisch über kein Nettovermögen. **Damit hat Deutschland die höchste Ungleichheit bei privaten Vermögen in der Eurozone.** Auch die gute wirtschaftliche Konjunktur der letzten Jahre ist Berechnungen zufolge fast ausschließlich den Eigentümern von Unternehmen und den Beziehern von Kapitaleinkommen zugutegekommen.

Obwohl es allen klar ist, dass der durchschnittliche Handwerksbetrieb nicht weiter belastet werden darf, singt der bayerische Finanzminister Markus Söder wieder sein altes, unternehmerfreundliches Lied. **Aber was kann man auch von jemandem erwarten, der sogar den Milliardenkonzern Apple im Bestreben unterstützt, seine Steuersparmodelle in Europa fortzuführen?** Einmal mehr zeigt sich hier, dass die CSU das „S“ im Namen nicht verdient.

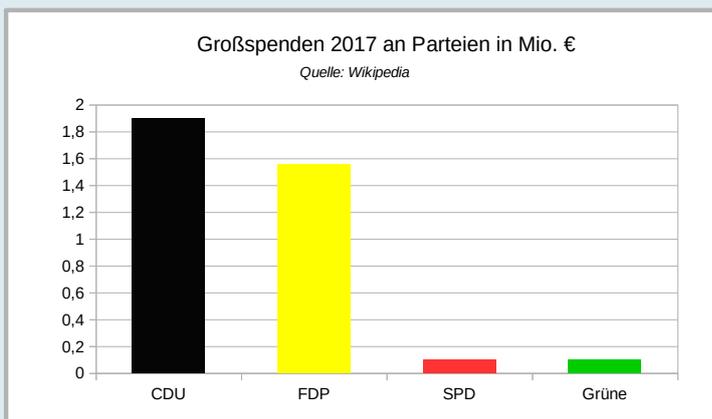
Milliardäre setzen auf Schwarz-Gelb

Von Hans Grund.

Sind Ihnen auch im letzten halben Jahr in Sauerlach die vielen FDP-Plakate aufgefallen?

Obwohl die FDP nicht im Bundestag ist, erhielt sie 2017 fast achtmal so viel Geld aus Großspenden wie SPD und Grüne zusammen. Unter den Spendern befinden sich einige der reichsten Deutschen sowie bekannte Unternehmen.

Sind die Spender von Edelmüt geleitet, und sorgen sie sich um das Gemeinwohl? Oder möchten sie viel-



leicht eher die Sterne für ihr eigenes Schicksal günstig stimmen?

Vor der Bundestagswahl 2009 zum Beispiel spendete die Hotelgruppe Mövenpick der FDP 1.100.000,00 €. Wenig später senkte Schwarz-Gelb die Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen von 19 auf 7 Prozent. Ein Schelm ist, wer Böses dabei denkt.